

1. Teil: Strafrechtliche Grundlagen	1
1. Abschnitt: Begriff und Quellen des materiellen Strafrechts	1
2. Abschnitt: Geltungsbereich des deutschen Strafrechts	2
A. Inlandstaaten	2
B. Auslandstaaten	3
3. Abschnitt: Die Zwecke strafrechtlicher Verbote und ihrer Rechtsfolgen	5
A. Fragmentarischer Schutz von Rechtsgütern	5
B. Zwecke von Strafen und Maßregeln	6
I. Strafen.....	6
II. Maßregeln der Sicherung und Besserung	7
4. Abschnitt: Die Gerechtigkeitsprinzipien des Strafrechts	8
A. Das Gesetzlichkeitsprinzip	8
I. Inhalt und verfassungsrechtliche Verankerung	8
II. Adressaten	9
III. Reichweite.....	9
IV. Die vier Kardinalprinzipien des Strafrechts, abgeleitet aus dem Gesetzlichkeitsprinzip	10
1. Keine Strafbarkeit ohne geschriebenes Gesetz – strenger Gesetzesvorbehalt	10
2. Keine Strafbarkeit ohne sicheres Gesetz – Bestimmtheitsgrundsatz	11
3. Keine Strafbarkeit ohne strenges (streng beachtetes) Gesetz – Verbot täterbelastenden Gewohnheitsrechts und täterbelastender Analogie; Auslegung und Grenzen	12
a) Verbot täterbelastenden Gewohnheitsrechts	12
b) Das Verbot täterbelastender Analogie	12
c) Auslegungsmethoden	14
aa) Legaldefinition	14
bb) Grammatische Auslegung	14
cc) Systematische Auslegung	14
dd) Subjektiv-historische Auslegung	15
ee) Verfassungskonforme Auslegung	15
ff) Gemeinschaftskonforme Auslegung	15
gg) Objektiv-teleologische Auslegung	15
d) Grenzen der Auslegung	16
4. Keine Strafbarkeit ohne vorheriges Gesetz	16
a) Rückwirkungsverbot für Strafgesetze	17
b) Verbot rückwirkender und täterbelastender Rechtsanwendung	18
B. Das Schuldprinzip	19
I. Inhalt und verfassungsrechtliche Verankerung	19
II. Reichweite	20

5. Abschnitt: Deliktsarten	21
A. Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	21
B. Erfolgsdelikte, schlichte Tätigkeitsdelikte	22
C. Begehungs- und Unterlassungsdelikte	23
D. Vollendung und Versuch	23
E. Vergehen und Verbrechen	24
F. Grundtatbestand, Qualifikation, Privilegierung	25
G. Allgemeindelikte, Sonderdelikte, eigenhändige Delikte	26
■ Zusammenfassende Übersicht: Deliktsarten	27
6. Abschnitt: Die für alle Delikte gültigen Haupt-Strafbarkeits-	
voraussetzungen	28
A. Handlung – Tatbestandsmäßigkeit – Rechtswidrigkeit – Schuld	28
I. Handlung	28
II. Tatbestandsmäßigkeit	30
III. Rechtswidrigkeit	30
IV. Schuld	31
B. Selbstständigkeit der Haupt-Strafbarkeitsvoraussetzungen	31
I. Einordnung der Handlung in den Verbrechensaufbau	31
II. Eigenständigkeit von Tatbestandsmäßigkeit und Rechtswidrigkeit	32
C. Fortentwicklung der Tatbestandsmäßigkeit als Strafbarkeitsvoraussetzung	32
I. Einfluss der Handlungslehren auf die Stellung von Vorsatz und Fahrlässigkeit	32
II. Lehre von der objektiven Zurechnung	33
D. Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen	33
I. Objektive Strafbarkeitsbedingungen	33
II. Strafausschließungsgründe; Strafaufhebungsgründe	34
III. Prozessuale Strafbarkeitsvoraussetzungen und -hindernisse	34
IV. Strafzumessungsvorschriften	35
V. Konkurrenzen	35
2. Teil: Das vollendete vorsätzliche Erfolgsdelikt als Begehungstat	36
1. Abschnitt: Tatbestandsmäßigkeit	37
A. Objektive Tatbestandselemente	37
I. Deliktsspezifische äußere Unrechtsmerkmale	37
II. Tathandlung	37
Fall 1: „Handlung“ und „Nicht-handlung“; Unterlassen als Handlung	38
III. Kausalzusammenhang zwischen Handlung und Erfolg	41
1. Bedingungs- oder Äquivalenztheorie (conditio sine qua non-Formel)	41
Fall 2: Jede Handlung kann für sich hinweggedacht werden	43
2. Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	44

IV. Gefahrzusammenhang zwischen einer kausalen Handlung und dem Erfolg	45
1. Der Streit um das Erfordernis einer objektiven Zurechnung	45
2. Problematische Fallgruppen	47
a) Fehlen eines rechtlich missbilligten Risikos.....	47
aa) Schadenseintritt außerhalb des menschlichen Beherrschungsvermögens	47
bb) Sozialadäquanz	47
cc) Risikoverringerung	48
b) Zurechnungsausschluss mangels Risikozusammenhangs	49
aa) Inadäquanz	49
bb) Fehlender Schutzzweckzusammenhang	49
cc) Hypothetische Abläufe mit demselben Erfolg	50
dd) Risikoabbruch	50
ee) Anknüpfende Zweithandlungen	51
Fall 3: Zwei Mörder desselben Opfers	52
Fall 4: Mord und Totschlag durch denselben Täter am selben Opfer	56
■ Zusammenfassende Übersicht: Kausalität, obj. und subj. Erfolgszurechnung	61
B. Subjektive Tatbestandselemente	62
I. Tatbestandsvorsatz	62
1. Bezugspunkte und Konkretisierung des Vorsatzes	62
2. Zeitliche Beziehung zwischen Tatverwirklichung und Vorsatz	63
Fall 5: dolus subsequens; Grenzen der subjektiven Zurechenbarkeit von Kausalabweichungen	64
3. Vorsatzformen	66
a) Absicht.....	67
b) Direkter Vorsatz	67
c) Eventualvorsatz	67
Fall 6: dolus eventualis für einen Deliktserfolg und seine Abgrenzung zur bewussten Fahrlässigkeit sowie zum Gefährdungsvorsatz	68
4. Vorsatzkombinationen	73
Fall 7: dolus alternativus; dolus cumulativus	73
II. Deliktsspezifische subjektive Tatbestandsmerkmale	75
1. „Wider besseres Wissen“	75
2. „Absicht“	75
■ Zusammenfassende Übersicht: Subjektiver Tatbestand des vorsätzlichen Begehungsdelikts	77
2. Abschnitt: Rechtswidrigkeit	78
A. Systematik der Erlaubnissätze	78
I. „Rechtswidrigkeit“ im Strafgesetz als Tatbestandsmerkmal oder als bloßer Hinweis auf etwaige Rechtfertigungsgründe	78
II. Die strafrechtlichen Unterschiede zwischen Rechtfertigungs- und Schuldaußschließungsgründen	79

III. Tatbestandsbezogenheit der Rechtfertigungsgründe	80
IV. Rechtsquellen für Erlaubnissätze	80
V. Gemeinsame Strukturen der „Erlaubnistatbestände“	80
VI. Ex-post-Perspektive bei der Konfliktlage und ex-ante-Perspektive bei der Eingriffshandlung	81
VII. Das subjektive Rechtfertigungselement	81
1. Notwendigkeit	81
2. Inhalt	81
3. Rechtsfolgen fehlender subjektiver Rechtfertigung	82
VIII. Prüfungsreihenfolge bei mehreren möglichen Rechtfertigungsgründen	83
1. Grundsatz der Spezialität	83
2. Konkurrenzen von Rechtfertigungsgründen	83
B. Rechtfertigungsgründe zum Schutz von Interessen der Rechtsordnung	84
I. Notwehr, § 32	84
1. Angriff	85
2. Gegenwärtigkeit des Angriffs	87
3. Rechtswidrigkeit des Angriffs	89
4. Verteidigung	89
5. Erforderlichkeit der Verteidigungshandlung	90
6. Gebotenheit der Verteidigungshandlung	92
a) Bagatellangriffe	92
b) Krasses Missverhältnis	92
c) Angriff schuldlos Handelnder	93
d) Persönliche Nähebeziehung	93
e) Notwehr gegen Schutz- oder Schweigegelderpresser	94
f) Widerstand gegen hoheitliches Handeln	95
g) Europäische Menschenrechtskonvention	95
h) Schuldhafte Herbeiführung der Notwehrlage	96
aa) Absichtsprovokation	96
bb) Sonst vorwerfbar herbeigeführte Notwehrlage	97
Fall 8: Notwehrverkettungen; actio illicita in causa	99
i) Abwehrprovokation	103
7. Verteidigungswille	103
8. Nothilfe	104
a) Notwehrbeschränkungen des Angegriffenen gelten auch für den Nothelfer	104
b) Nothilfe darf nicht aufgedrängt werden	104
c) Die Allgemeinheit ist im Rahmen der Nothilfe kein „anderer“	105
d) Rechtfertigung von Hoheitsträgern aus Nothilfe	105
■ Zusammenfassende Übersicht: Notwehr und Nothilfe, § 32	108
II. Selbsthilferechte	109
1. Selbsthilfe zur Anspruchssicherung nach den §§ 229 ff. BGB	109
2. Selbsthilfe des Besitzers, § 859 BGB	110

III.	Vorläufige Festnahme	110
1.	Festnahmelage	111
2.	Festnahmehandlung	112
3.	Festnahmeabsicht	113
	Fall 9: Grenzen der Jedermann-Festnahme; §§ 229, 230 BGB	113
IV.	Rechtfertigender Notstand	115
1.	Notstandslage	117
2.	Erforderlichkeit der Notstandshandlung	118
3.	Interessenabwägung	118
	Fall 10: Notstandslage bei Dauergefahr; Abgrenzung zur Notwehr bei „notwehrähnlicher Lage“; Interessenabwägung im Defensivnotstand	120
4.	Angemessenheit	122
	a) Generelles Abwägungsverbot	122
	b) Sonstige oberste Rechtsprinzipien	123
	c) Besondere Duldungspflichten	124
5.	Gefahrabwendungswille	125
■	Zusammenfassende Übersicht: Rechtfertigender Notstand, § 34	126
V.	Erziehungsrecht	127
C.	Unrechtsausschlüsse wegen Handelns zum Schutz der Interessen des Rechtsgutträgers	127
I.	Rechtfertigende erklärte Einwilligung	127
1.	Rechtliche Zulässigkeit	128
2.	Erklärung des Berechtigten vor der Tat	128
3.	Wirksamkeit der Erklärung	128
	a) Einwilligungsfähigkeit	128
	b) Ernstliche und willensmangelfreie Zustimmung	129
	Fall 11: Hypothetische Einwilligung	131
	c) Sittenverstoß, § 228	133
	Fall 12: Grenzen der Einwilligung bei verabredeten Massenschlägereien	134
4.	Subjektives Rechtfertigungselement	136
II.	Rechtfertigende mutmaßliche Einwilligung	136
1.	Subsidiarität gegenüber dem entgegenstehenden Willen oder einer einholbaren Einwilligung	137
2.	Rechtliche Möglichkeit eines Rechtsschutzverzichts	138
3.	Übereinstimmung mit dem mutmaßlichen Willen	138
4.	Subjektives Rechtfertigungselement	139
III.	Die tatbestandsausschließende Einwilligung (Einverständnis)	139
	Fall 13: Einverständnis zum Betreten einer Wohnung und zum Gewahrsamsverlust	140
IV.	Anerkennung eines „mutmaßlichen Einverständnisses“?	143
■	Zusammenfassende Übersicht: Einwilligung	144
D.	Rechtfertigung hoheitlichen Handelns	145

I.	Handeln aufgrund eigener Entscheidung	145
II.	Vollstreckung eines Urteils oder Verwaltungsakts	147
III.	Befolgung einer dienstlichen Weisung	147
IV.	Ausführung eines rechtswidrigen, aber verbindlichen Befehls	148
3. Abschnitt: Schuld	149
A.	Schuldfähigkeit	150
I.	Die altersabhängigen Stufen der Schuldfähigkeit im Allgemeinen	150
II.	Biologisch-psychologische Schuldunfähigkeit im Einzelfall	150
III.	Hauptanwendungsfall für § 20: Alkoholrausch	151
IV.	Die actio libera in causa	153
	Fall 14: Notwendigkeit und Begründungsmodelle der actio libera in causa	154
	Fall 15: Fortgeltung der actio libera in causa bei verhaltensneutralen Vorsatzdelikten	161
V.	Verminderte Schuldfähigkeit	163
B.	Spezielle Schuldmerkmale	164
C.	Entschuldigungsgründe	165
I.	Notwehrexzess, § 33	165
	1. Notwehrlage	166
	2. Überschreitung der Notwehrgrenzen	167
	3. Asthenischer Affekt	167
	4. Innerer Zusammenhang zwischen Exzess und Affekt	167
	5. Verteidigungswille	168
	Fall 16: Bewusste und verschuldete Notwehrüberschreitung	168
II.	Entschuldigender Notstand, § 35	170
	1. Notstandslage	170
	2. Notstandshandlung	172
	3. Gefahrabwendungswille	173
	Fall 17: Beseitigung einer Lebensgefahr für sich und einen Nahestehenden	174
	Fall 18: Auswirkungen der vom Gefährdeten verschuldeten Notstandslage auf den Notstandshelfer (1. Abwandlung des Falles 17)	175
	Fall 19: Auswirkungen der vom Notstandshelfer verschuldeten Notstandslage für den Gefährdeten (2. Abwandlung des Falles 17)	176
III.	Übergesetzlicher entschuldigender Notstand	177
	1. Notstandslage	177
	2. Notstandshandlung	178
	3. Gefahrabwendungswille	179
	Fall 20: Quantitativer Lebensnotstand	179
IV.	Grenzen strafrechtlicher Entschuldigung	180
■	Zusammenfassende Übersicht: Entschuldigungsgründe	182

D. Unrechtsbewusstsein	183
I. Kein Irrtum nach § 16 oder sonstiger Spezialregel	183
II. Deliktsbezogener Verbotsirrtum im Tatzeitpunkt	183
III. Unvermeidbarkeit oder Vermeidbarkeit	184
4. Abschnitt: Strafausschließungs- oder Strafaufhebungsgründe	185
A. Strafausschließungsgründe	185
I. Persönliche Strafausschließungsgründe	185
II. Sachliche Strafausschließungsgründe	185
B. Strafaufhebungsgründe	186
5. Abschnitt: Strafantrag; andere Strafverfolgungsvoraussetzungen	
oder -hindernisse	186
A. Strafantrag	186
I. Der Strafantrag muss gesetzlich vorgeschrieben sein	186
II. Der Antrag muss gestellt und darf nicht zurückgenommen sein	186
III. Der Antragsteller muss antragsberechtigt sein	187
IV. Der Antrag muss form- und fristgerecht gestellt worden sein	187
B. Strafverfolgungshindernisse	188
I. Verfolgungsverjährung	188
II. Weitere Strafverfolgungshindernisse	188
3. Teil: Das fahrlässige Begehungsdelikt	189
1. Abschnitt: Deliktsstruktur	189
A. Unterschiede zur Vorsatztat	189
B. Fahrlässigkeit	190
I. Definition	190
II. Fahrlässigkeitsformen	191
III. Objektive und individuelle Fahrlässigkeit	191
IV. Standort im Deliktsaufbau	192
V. Ermittlung der Fahrlässigkeit im konkreten Fall	193
1. Sorgfaltswidrigkeit	193
2. Vorhersehbarkeit	195
C. Pflichtwidrigkeits- und Zurechnungszusammenhang zwischen	
der fahrlässigen Handlung und dem Erfolg	195
I. Nicht mehr gesondert zu prüfende Fallgruppen der	
objektiven Zurechnung	196
1. Schaffung rechtlich missbilligten Risikos, Sozialadäquanz	196
2. Inadäquanz	196
II. Verbleibende Tatbestandsausschlüsse	196
1. Risikoverringerung	196
2. Erfolg außerhalb des Risikozusammenhangs der fahrlässigen	
Handlung; hypothetisches rechtmäßiges Alternativverhalten	197
3. Erfolg außerhalb des Schutzzweckzusammenhangs	199

4. Anknüpfende Zweithandlungen	199
a) Anknüpfungshandlungen des Täters oder dritter Personen	199
b) Eigenverantwortliche Selbstgefährdungen des Opfers	199
D. Rechtfertigung	200
E. Schuld	200
I. Allgemeine Schuld Elemente	200
II. Fahrlässigkeitsschuld	200
III. Unzumutbarkeit	201
2. Abschnitt: Spezielle Fahrlässigkeitsprobleme	203
A. Sonderwissen	203
B. Die Prüfung hypothetisch rechtmäßigen Alternativverhaltens im Einzelnen; Risikoerhöhungslehre	203
Fall 21: Radfahrer-Fall	203
C. Einverständliche Fremdgefährdung und rechtfertigende Einwilligung in sorgfaltswidriges Verhalten	206
Fall 22: Einverständliche Fremd- und eigenverantwortliche Selbstgefährdung; § 228 zur Begrenzung der rechtfertigenden Einwilligung in Körperverletzungen	206
Fall 23: Einwilligung in Lebensgefährdungen mit Todesfolge (Abwandlung des Falles 22)	210
■ Zusammenfassende Übersicht: Das fahrlässige Begehungs(-Erfolgs-)delikt	213
4. Teil: Das vorsätzliche unechte Unterlassungsdelikt	214
1. Abschnitt: Deliktsstruktur	214
A. Arten der Unterlassungsdelikte	214
B. Aktives Tun oder Unterlassen	214
C. Die besonderen Deliktsmerkmale des § 13	217
I. Tatsächliche Handlungsmöglichkeit	217
II. Garantenstellungen	217
1. Beschützergarantien	217
a) Rechtssatz	217
b) Rechtlich fundierte enge Lebensgemeinschaft	217
c) Enge Vertrauensverhältnisse	218
d) Übernahme von Schutzpflichten	218
e) Besondere berufliche Stellung, insbesondere Amtsträger	219
2. Überwachungsgarantien	221
a) Rechtssatz	221
b) Beherrschung einer Gefahrenquelle	221
c) Beherrschung eines räumlich abgegrenzten Bereichs, insbesondere einer Wohnung	221
d) Aufsichtspflichten	222
e) Ingerenz	222
III. Gleichwertigkeit des Unterlassens mit aktivem Tun	224

D. (Quasi-)Kausalität	225
E. Gefahr-/Zurechnungszusammenhang zwischen garantenpflichtwidrigem Unterlassen und Erfolg	226
I. Nicht mehr gesondert zu prüfende Fallgruppen der objektiven Zurechnung	226
1. Schaffung rechtlich missbilligten Risikos, Sozialadäquanz, Risikoerringerung	226
2. Hypothetisches rechtmäßiges Alternativverhalten	226
3. Schutzzweckzusammenhang	227
II. Verbleibende Fallgruppen	227
1. Inadäquanz	227
2. Risikoabbruch	227
3. Anknüpfende Zweithandlungen	228
a) Anknüpfungshandlungen des Täters oder dritter Personen	228
b) Eigenverantwortliche Selbstgefährdung.....	228
F. Vorsatz	229
G. Rechtswidrigkeit	229
H. Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens	230
2. Abschnitt: Spezielle Probleme beim unechten Unterlassungsdelikt	232
A. Abgrenzung aktiven Tuns vom Unterlassen	232
Fall 24: Abbruch eigener Rettungshandlungen; Abhalten Rettungswilliger; Garantenstellung aus tatsächlicher Gewährübernahme	232
B. Ingerenz	236
Fall 25: Gerechtfertigtes Vorverhalten	236
C. Hypothetisch rechtmäßiges Alternativverhalten; Unterlassungsvorsatz; Rechtfertigung der Unterlassungstat; Unzumutbarkeit	240
Fall 26: Fenstersturz-Fall	240
D. Rechtfertigende Pflichtenkollision	243
Fall 27: Kollision gleichrangiger Handlungspflichten	243
■ Zusammenfassende Übersicht: Besonderheiten des vorsätzlichen unechten Unterlassungsdelikt	246
5. Teil: Das fahrlässige unechte Unterlassungsdelikt	247
1. Abschnitt: Deliktsstruktur	247
2. Abschnitt: Abgrenzung Tun/Unterlassen	247
3. Abschnitt: Keine selbstständige Bedeutung des Zurechnungs- oder Gefahrzusammenhangs mehr	248